



Ausdehnung bis zum Rhein Widerstand zu leisten. Nunmehr handelt es sich in dieser Angelegenheit für uns um eine Ehrenpflicht. (Beifall und Protestrufe.) Sie werden im Unterhaus Gelegenheit haben, den jetzt mit Frankreich geplanten Pakt zu erörtern. Das Unterhaus wird dann sagen können, ob es ihn annehmen oder ablehnen wird. Hierauf kam Lloyd George auf den Vorschlag zu sprechen, die Kriegsschulden zu streichen. Er sagte: Großbritannien ist bereit, diese Frage zu erörtern, vorausgesetzt, daß alle Gläubiger- und Schuldnationen bereit sind, das Gleiche zu tun. Ueber die Hauptfrage sagte er: Für den Augenblick kann ich keine vollständige Erklärung abgeben, da die Regierung sich erst mit dem auf dem Wege nach London befindlichen Marschall Allenby beraten wird. Wie auch die Lösung ausfallen mag, die gefunden wird, zwei Tatsachen von grundlegender Bedeutung müssen im Auge behalten werden: Aegypten bildet eine Art Korridor, der die östlichen und westlichen Teile des britischen Reichs trennt bzw. verbindet. Ferner muß man an die Sicherheit denken, die das britische Protektorat bietet. Angehörige aller Nationen haben ihr Kapital in Aegypten angelegt, haben ihre Arbeit und ihr Leben darauf verwendet, das Land zu erschließen. Dieser Umstand legt Großbritannien Verantwortung für die Zukunft auf. — Was sich hier Lloyd George an geschichtlicher Verdrängung mit den Jahren 1914, 1870 und 1814 leistet, ist ein starkes Stück. Zur Veruhigung Frankreichs wird diese Rede nicht dienen, wohl aber zur Befriedigung Poincarés.

## Die Konferenz von Genua.

### Amerika lehnt die Teilnahme an der Konferenz ab.

London, 9. Febr. Der Finanzkorrespondent der „Times“ in London meldet: In gut unterrichteten Kreisen verläutet, daß der Beschluß der amerikanischen Regierung betreffend die Teilnahme an der Konferenz in Genua der nach der Kabinettsitzung am Freitag mitgeteilt werden würde, nur ein vorläufiger Beschluß sei und durch die weitere Entwicklung in Paris eine Änderung erfahren könnte. Es werde jedoch angenommen, daß die amerikanische Regierung in keinem Falle sich zu einer Teilnahme verstehen werde. Wallstreet sei für eine Vertretung der Vereinigten Staaten durch einen Beobachter. Unverändert bestehe jedoch die Ansicht, daß die Vereinigten Staaten auf keine Gesamtkonferenz gehen sollten, bevor die Reparationen von den direkt beteiligten Nationen geregelt und bevor ein gewisses Maß von Abrüstung beschlossen worden seien. Die Vereinigten Staaten seien bereit, selbst eine Finanzkonferenz einzuberufen, sobald die Welt mit der Regelung der rein europäischen Probleme für die europäischen Nationen fertig sei.

### Ein amerikanischer Bericht über die Wirtschaftslage Europas für die Konferenz.

London, 9. Febr. Nach einer Erhebung-Meldung aus Washington ist ein amtlicher Bericht, der eine allgemeine Erörterung der europäischen Wirtschaftslage und insbesondere des Finanzproblems berücksichtigt und der wahrscheinlich auf der Konferenz in Genua unterbreitet wird, von dem Bundesreservant vorgelegt worden. Der Bericht sagt, das russische und das deutsche Problem bildeten ein unvermeidliches Element. Die Einbeziehung Rußlands scheine die Anerkennung der gegenwärtigen russischen Regierung bzw. die Zustimmung der anderen teilnehmenden Regierungen zu ihrer Politik zu bedeuten. Diesen Punkt betrachte das Amt als politischen. Diejenigen jedoch, die die Ansicht vertreten, die Konferenz werde wahrscheinlich nur in wirtschaftlichem Sinn erfolgreich sein, wenn die Fragen betreffend die Wiederherstellung Deutschlands, Rußlands, Oesterreichs und Südost-Europas in umfassender Weise erledigt werden könnten, seien der Ansicht, daß der Plan, der vielleicht zur Annahme gelangt, wegen der natürlichen Beschränkungen, denen er unterworfen sein würde, wenig Aussicht auf Erfolg haben werde. Derselbe Haltung werde eingenommen gegenüber dem Vorschlag, daß auf der Konferenz in Genua die Frage der deutschen Reparationen nicht berührt werden solle. In letzter Zeit sei bestimmter als je zuvor erklärt worden, daß das Reparationsproblem durch die in Washington beschlossene Flottenabrüstung ein unvermeidliches Element sei. Durch die in Washington beschlossene Flottenabrüstung würden die Vereinigten Staaten bei dem augenblicklichen Bauprogramm etwa 200 Millionen Dollar sparen. Für England und Japan ergäben sich Erparnisse in etwa der gleichen Höhe. In Frankreich sei die Lage ungefähr dieselbe. In Italien sei die Schwierigkeit, die Staatseinkünfte zu vermehren um die Ausgaben decken zu können, fast ebenso groß wie in Deutschland, wo die Bilanzierung des Budgets noch komplizierter werde durch den schwankenden Wert der Lira. Außerdem sei in Deutschland für das kommende Jahr eine große Vermehrung der Steuern geplant. — Der Bericht erklärt ferner, die Frage der Wiederherstellung des Goldstandes werde die wichtigste in Genua zur Erörterung kommende Frage sein.

### Italien nicht für einen beträchtlichen Anstich.

London, 9. Febr. Neuer meldet: In italienischen Kreisen wird erklärt, daß kein Grund vorliege zu der Annahme, daß Italien zu einem beträchtlichen Anstich der Konferenz in Genua sei. Der Oberste Rat habe das Verlangen der Konferenz nicht erfüllt und der Oberste Rat in seiner Gesamtheit hätte eine Aenderung vorschlagen müssen, wenn er eine solche gewünscht hätte. Die italienische Regierung habe niemals einen Anstich verlangt und es habe keinen Grund, daß die Regierung eine Aenderung ihrer Positionen in Erwägung ziehen sollte. In Genua seien inzwischen umfangreiche Vorbereitungen getroffen und Hotels zur Unterbringung der Delegierten bestellt worden.

### Die „Times“ gegen die Konferenz.

London, 9. Febr. Die „Times“ wenden sich in einem Editorial erneut gegen die Konferenz in Genua, die das Amt als verfehlt bezeichnet. Lord Curzon habe in seiner

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Amtl. Bekanntmachung betr. Aenderung der Bezirksfeuerlöschordnung für den Oberamtsbezirk Calw.

Das Oberamt hat durch Verfügung vom 21. Januar 1922 mit Zustimmung des Bezirksrats den §§ 11 und 12 der Bezirksfeuerlöschordnung unter Beifügung eines neuen § 12a eine neue Fassung gegeben.

Nachdem die Kreisregierung mit Erlaß vom 2. Februar 1922 die Vollziehbarkeit ausgesprochen hat, werden nachstehend die neuen Bestimmungen bekannt gegeben.

§ 11.  
1. Bei der Leistung von Brandhilfe in einer Gemeinde des Bezirks erfolgt die Amtspflege den hilfeleistenden Gemeinden gemäß Art. 32 Abs. 4 der Landesfeuerlöschordnung folgende Kosten:

- a) Hin- und Rücktransport der Löschgeräte,
- b) Hin- und Rücktransport der nach § 6 abgeordneten Mannschaften,
- c) Etwasige Beschädigungen der Geräte, Zugtiere und Materialien.

2. Den Gemeinden, die auf Ansuchen der Gemeinde des Brandortes Hilfe geschickt haben, werden die Transportkosten nach folgenden Sätzen vergütet:

für 1 Pferd bei notwendiger Abwesenheit für jede Std. 2 M für 1 Mann bei notwendiger Abwesenheit für jede Std. 2 M für 1 Wagen bei notwendiger Abwesenheit für jede Std. 1 M Mehr als 20 M dürfen bei einem Brandfall für die Pferde nicht verrechnet werden.

3. Ferner werden von der Amtskörperschaft folgende Prämien bezahlt:

für die ersten vor der Spritzenremise eintreffenden Pferde	7 M
für die zweiten	6 M
für die dritten	5 M

§ 12.  
1. Die Hilfsmannschaften einer Nachbargemeinde, die bei einem Brand in einer Bezirksgemeinde tätig waren, erhalten gemäß Art. 32 der Bezirksfeuerlöschordnung von der Amtskörperschaft eine Vergütung nach folgenden Sätzen:

Der Führer und jeder Mann der Hilfsmannschaften:  
a) für die erste Reisetunde 0,80 M  
b) für jede weitere Reisetunde 0,60 M  
c) für jede Stunde in der Gemeinde des Brandorts (vergl. § 9 Abs. 3) 0,60 M

die letzte angefangene Stunde wird voll berechnet.

§ 12a.

Zu den in §§ 11 und 12 geregelten Leistungen können Feuerungszuschüsse gewährt werden. Ihre Höhe wird innerhalb eines von der Amtskörperschaft aufzustellenden Rahmens vom Bezirksrat festgesetzt.

Calw, den 7. Februar 1922.

Oberamt: G 6 s.

Oberhausrede erklärt, daß die Konferenz eine politische Seite habe, die die Regierung in den Vordergrund zu rücken wünsche. Frankreich glaube, daß es auf eine lange finanzielle und wirtschaftliche Konferenz eingeladen sei. Weder Frankreich noch Amerika teilten die Illusionen der Downingstreet in der russischen Frage.

## Zur auswärtigen Lage.

### Der Wiederaufbau Nordamerikas.

Debatte in der französischen Kammer.

Paris, 8. Febr. In der gestrigen Kammer Sitzung verwarf sich bei der Beratung der Budgettitel, deren Niederstattung Deutschland zufällt, der Abgeordnete Voucheur gegen die Behauptung des sozialistischen Abgeordneten des Nord-Departements, Inghels, die Industriellen des Nord-Departements seien bei der Entschädigung bevorzugt worden. Er habe die an die Industriellen gezahlten Summen um 5 Milliarden zu hoch angegeben. Die Schäden der Industrie nach dem Weltkriegswert hätten ungefähr 6 1/2 Milliarden Franken betragen. Das bedeute nach dem augenblicklichen Wert 24 oder 25 Milliarden Franken. Bis zum 31. Dezember 1921 hätten die Industriellen 11,2 Milliarden erhalten, also 45 % ihrer Schäden. Auf von ihnen garantierte Anleihen hätten sie 1800 Millionen erhalten. Nach Voucheur sind die Verluste der Kleinbeschädigten, die sich auf 29 Milliarden Weltkriegswert belaufen, also 9,4 Milliarden augenblicklichen Wertes am 31. Dezember 1921 zu 60 % nachgeprüft gewesen. Der Minister für die befreiten Gebiete, der den Ausführungen Voucheurs zustimmte, erklärte, sein Hauptprogramm über den Wiederaufbau bleibe das gleiche, wie das seines Vorgängers. Die von dem sozialistischen Abgeordneten Inghels verlangte Enquete lehnte er ab. Die Ziffern bewiesen, daß alles getan worden sei. Die meisten zerstörten Gebiete seien wieder hergestellt. Die Wege und Kanäle seien ebenfalls zum größten Teil ausgebaut. Aufgebaut seien weiter die meisten zerstörten Fabriken und 80 % der Fabriken hätten mit der Produktion wieder begonnen. Bis auf einen geringen Rest sei auch das Ackerland wieder urbar gemacht und ein erheblicher Teil auch schon wieder bebaut worden. Wenn Deutschland nicht alles, was es schulde, in Gold bezahlen könne, müsse man Naturalieferungen annehmen. Die Grundlage seiner Politik sei das Abkommen von Wiesbaden, dessen Annahme die Regierung von den Alliierten fordern werde.

### Deutschlands Reparationszahlungen.

Paris, 9. Febr. Nach einem Bericht der Reparationskommission hat Deutschland soeben an ausländischen Devisen an die von dem Garantieauschuß bezeichneten Banken eine dritte 10 tägige Zahlung von 31 Millionen Goldmark geleistet.

### Vorden deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf.

Ankunft Calonders in Genf.

Genf, 9. Febr. Präsident Calonder ist in Genf angekommen. Die mit der Oberschlesienfrage betrauten Persönlichkeiten des Völkerbundssekretariats sind heute zu einer vorbereitenden Beratung zusammengetreten.

Abreise der deutschen Bevollmächtigten von Berlin.

Berlin, 9. Febr. Die deutsche Delegation für die deutsch-polnischen Verhandlungen betreffend Oberschlesien

wird sich heute abend unter Führung des Reichsministers a. D. Schiffer nach Genf begeben.

### Keine Hilfe Englands für Oesterreich?

London, 8. Febr. In Erwiderung auf eine Anfrage Lord Cecil im Unterhaus über die Politik der britischen Regierung gegenüber Oesterreich erklärte Lord Curzon, die britische Regierung habe mit den Alliierten erwogen, was getan werden könne, um Oesterreich zu unterstützen. Auf jeden Fall müsse der amerikanische Senat die große Schwierigkeiten, die der Gewährung von Vorläufen entgegenstehen, beheben.

### Das österreichisch-tschechische Kreditabkommen.

Wien, 10. Febr. Am Beginn der gestrigen Sitzung des Nationalrats machte Finanzminister Dr. Gürtler Mitteilungen über den Abschluß des Prager Kreditabkommens. Nach dem Uebereinkommen beträgt der Kredit 500 Millionen tschechische Kronen und ist bestimmt für die tschechische Republik. Die Tilgung des Darlehens erfolgt innerhalb 20 Jahren und beginnt mit dem 1. Halbjahr des Jahres 1924. Falls es bis zum 31. Januar 1923 zu dem großen Völkerbundskredit nicht kommen sollte, gewährt Oesterreich zur Sicherstellung dieses Kredits seine Einnahmen aus der Eisenbahnverkehrssteuer.

Prag, 8. Febr. Das Abkommen über die heute beendeten österreichisch-tschechischen Verhandlungen wurde durch den Bundesfinanzminister Dr. Gürtler für die österreichische Regierung und durch den Finanzminister Novak für die tschechische Regierung unterzeichnet.

### Unterzeichnung des österreichisch-ungarischen Handelsvertrags.

Wien, 10. Febr. Das österreichisch-ungarische Handelsübereinkommen ist gestern unterzeichnet worden.

## Ausland.

### Orlando mit der Bildung des italienischen Kabinetts beauftragt.

Rom, 9. Febr. Nachdem da Nicola die Kabinettsbildung abgelehnt hat, ist Orlando vom König damit beauftragt worden.

### Immer wieder Unruhen in Indien.

London, 7. Febr. Das Indische Amt teilt mit, daß in Gorakhpur 17 Polizeibeamte von einer Volksmenge von 2000 Personen niedergemetzelt und verbrannt worden sind. In Bareilly wurden bei einem Zusammenstoß der Polizei mit einer 5000 köpfigen Volksmenge 2 Demonstranten getötet und 5 verwundet.

London, 10. Febr. „Evening News“ berichtet über ernste Ausschreitungen im Bezirk von Madras in Indien, bei denen die Polizei auf eine Volksmenge von 10 000 Personen feuerte. 3 Personen wurden getötet und 8 verletzt. Die Lage wird täglich drohender.

### Die Unmenslichkeit der Polen.

Kowno, 7. Febr. (Lit. Tel.-Agentur.) Am 5. Februar besörderten die Polen 20 in Wilna verhaftete Litauer und 13 Weißrussen, die einzeln eingesperrt und täglich nur 5 Minuten hinausgelassen worden waren, nach der neutralen Zone. Mit Bajonetten bewaffnete Polizisten trieben die Gefangenen zur Bahn. Trotz der wiederholten Forderung der Verhafteten wurde nur gegen einen geringen Teil gerichtlich verhandelt. Die Untersuchung ergab die Unrechtmäßigkeit der Verhaftungen. Bei den Verhafteten wurde kein Belastungsmaterial vorgefunden. Alle Ausweise wurden ihnen abgenommen.

### Ein schwedisch-russischer Wirtschaftsvertrag?

Stockholm, 9. Febr. Der von den schwedischen und russischen Delegierten unterzeichnete Entwurf zu einem vorläufigen Wirtschaftsvertrag ist gestern von den schwedischen Delegierten der Regierung zur Prüfung unterbreitet worden.

### Der Berg- und Glasarbeiterstreik in Tschechien.

Prag, 9. Febr. Der „Prager Abendzeitung“ zufolge liegt, nachdem die Glashütte in Türmitz den Betrieb eingestellt hat, die gesamte Glasindustrie im Aussiger Bezirk still. Die Kupferwerke Kömmerte haben den Betrieb eingestellt und die Wasserglasfabrik Dlouby in Schönbrunn hat ihn eingeschränkt.

Prag, 9. Febr. In der gestrigen Sitzung des Senats erklärte der Minister für öffentliche Arbeiten über den Bergarbeiterstreik, die Regierung habe daran keine Schuld. Im bisherigen Verlauf der Verhandlungen hätten sich die beiderseitigen Standpunkte hoffnungsvoll genähert. Wenn aber in den allernächsten Tagen sich zeigen würde, daß eine der Parteien aus Gründen, die nicht anerkannt werden könnten, den guten Willen und die Entschlossenheit der Regierung, den Streik schnellstens zu schließen, zunichte machen sollte, sei die Regierung entschlossen, alle ihre gesetzlichen und exekutive Gewalt zur Anwendung zu bringen. — Die Regierungserklärung wurde mit allen tschechischen Stimmen gegen die Stimmen der Deutschen und Kommunisten, sowie der Slowakischen Volkspartei angenommen.

## Deutschland.

### Verbot öffentlicher Karnevalsveranstaltungen in Ver. m.

Berlin, 8. Febr. Der Berliner Polizeipräsident hat mit Zustimmung des Magistrats für den Polizeibezirk Berlin eine Polizeiverordnung erlassen, nach der alle öffentlichen karnevalistischen Veranstaltungen jeder Art verboten sind.

### Zusammentritt des neu gewählten Landtags in Braunschweig.

Braunschweig, 8. Febr. Der neu gewählte Landtag trat gestern nachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Den „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ zufolge wurde zum 1. Präsidenten Hg. Wesel (Landeswahlverband), zum 2. Präsidenten Hg. Wesemeyer (USP.) und zum 3. Dr. Falper (SPD.) gewählt. Nach der Wahl vertagte sich der Landtag für 8 Tage.



**Städtische Lebensmittel-Fürsorge.**

Nach einer Mitteilung des Kommunalverbands erhalten vom 1. Februar 1922 ab bis auf weiteres sämtliche über 70 Jahre alten Personen die Hälfte der Brotmarken als Weizenmehlmarken. Die Karten für den Monat Februar können am nächsten Samstag, den 11. ds. Mts., vormittags von 8-12 Uhr auf dem Stadtschultheißenamt umgetauscht werden.

Stadtschultheißenamt Calw.

**Kapellenbergfiedlung.**

Der Gemeinderat hat die Ausführung der Kapellenbergstraße davon abhängig gemacht, daß sich eine gewisse Anzahl Bauwütiger zum sofortigen Bauen im Kapellenberggebiet einverstanden erklärt.

Es ergeht demgemäß an alle Interessenten die Aufforderung, soweit noch nicht geschehen ist, spätestens bis Montag, den 13. ds. Mts., abends 6 Uhr, auf dem Stadtschultheißenamt zu melden. Nur dem Stadtbauamt liegen während der nächsten Tage Pläne zu Einmündhütern mit Kostenaufgabe auf, die von Interessenten eingesehen werden können.

Calw, den 8. Februar 1922.

Stadtschultheißenamt: Mähner

Stadtgemeinde Calw.

**Bergebung von Bauarbeiten.**

Die Grab- und Betonierarbeiten für eine Bodenwage im kgl. Gaswerk, Herstellung eines Terrazzo-bodens im Schaal'schen Gebäude, Lieferung von ca. 50 Stk. Treppenstufen und 200 Stk. Marksteine aus Braunadlersteinadlingen sind im Akkord zu vergeben.

Die Unterlagen können auf dem Stadtbauamt bis Dienstag den 14. ds. Mts. eingesehen werden, woselbst Offerten um den genannten Zeitpunkt abzugeben sind.

Calw, 10. Februar 1922.

Stadtbauamt Calw Herbolzheimer.

Würzbach, den 9. Februar 1922.

**Dankagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die mir während der Krankheit und beim Hincheiden meines lieben Vaters, unseres treuversorgten Vaters, Schwagerwatters, Großvaters, Urgroßvaters, Bruders und Onkels

**Joh. Georg Luz** †

erfahren durfte, für die tröstlichen Worte des Herrn Pfarrers Selbwig am Grabe, dem Herrn Hauslehrer Klein und dem Liedenschor für den erhebenden Gesang, den Herren Ehrenrätern sowie für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte, sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dentist Kohler**  
hält Samstag nachmittags und Montag keine Sprechstunde.

Vor der weiteren Verteuerung liefere ich noch

zu bekannt billigen Preisen  
**Militär-Schuhe** in guter Beschaffenheit mit  
Doppelsehnen in jed. Größe pro Paar 120 Mk.  
In ant. Schafstiefel pro Paar 170 Mk.  
rein wollene Militär-Mäntel 200 Mk.  
guterhalt. Gummipelerinen 110 Mk.  
neue amerik. Zeltbahnen 200x 280 Mk.  
Gummi- 180 cm  
vorteilhaft zum Anfertigen von Mänteln, Anzügen, Pelerinen, Herbedecken usw.

Täglich eingehende Anerkennungscheine und Nachbestellungen. Behörden, Vereine, Arbeiterverbände, Händler usw. Volkspreise. Versand gegen Nachn.

**Joh. Friedr. Niethammer,**  
Stuttgart 10, Augustenstr. 77.

**Öffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung f. die Veranlagung zur Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921.**

Auf Grund dieser öffentlichen Aufforderung sind zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet:

1. alle im Finanzamtsbezirke wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständig steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder Nichtdeutsche);
2. sämtliche Personen, die, ohne im Deutschen Reiche zu wohnen oder sich aufzuhalten, in dem Finanzamtsbezirke Grundbesitz haben, ein Gewerbe betreiben, eine Erwerbstätigkeit ausüben oder Bezüge aus öffentlichen, innerhalb des Finanzamtsbezirktes gelegenen Kassen mit Rücksicht auf gegenwärtige oder frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit erhalten,

soweit die vorstehenden Genannten nicht bei einem anderen Finanzamt eine Steuererklärung abgegeben und soweit sie im Kalenderjahr 1921 oder in dem während dieses Kalenderjahrs endenden Wirtschaftsjahr (Geschäftsjahr) ein steuerbares Einkommen von mehr als 24000 Mk. bezogen haben.

Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benützung des vorgeschriebenen Vordrucks

in der Zeit vom 15. Februar bis 15. März 1922 bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen. Vordrucke für die Steuererklärung können von dem unterzeichneten Finanzamt bezogen werden. Die dem Finanzamt aus der vorjährigen Einkommensteuer-Veranlagung bekannten Steuerpflichtigen erhalten im Lauf des Monats Februar einen Vordruck von Amts wegen zugeandt. Die Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung besteht jedoch auch dann, wenn ein Vordruck nicht zugeandt worden ist.

Die Einreichung schriftlicher Erklärungen durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibens. Mündliche Erklärungen werden von dem unterzeichneten Finanzamt während der Geschäftsstunden zu Protokoll entgegengenommen.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung veräumt, kann mit Geldstrafen bis 500 Mark zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgelegten Steuer auferlegt werden.

Wer zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil eines andern nicht gerechtfertigte Steuervorteile erschleicht oder vorfalsch bewirkt, daß die nach dem Einkommensteuergesetz zu entrichtende Einkommensteuer verkürzt wird, wird wegen Steuerhinterziehung mit einer Geldstrafe im fünf- bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis und unter Umständen auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie auf Bekanntmachung der Bestrafung auf Kosten des Verurteilten erkannt werden (§ 33 des Einkommensteuergesetzes und §§ 359 ff. der Reichsabgabenordnung). Wer jahrelang als Steuerpflichtiger oder als Vertreter oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Steuerpflichtigen bewirkt, daß die Einkommensteuer verkürzt oder Steuervorteile zu Unrecht gewährt oder belassen werden, wird wegen Steuergefährdung mit einer Geldstrafe bestraft, die im Höchstbetrage halb so hoch ist wie die für die Steuerhinterziehung angedrohte Geldstrafe (§ 367 der Reichsabgabenordnung).

Hirsau, den 7. Februar 1922.

Das Finanzamt: Voelter.

**Bappelholz**

6-8 cm prima trodene Ware 20, 30 und 35 mm stark, sowie 1 Stamm 3 mm gemessert

gegen Cassé zu verkaufen.

Angebote unter B. U. 86 an der Geschäftsst. d. Bf.

Einen 14 Monat alten, sa. Bullen



**Zucht-Farren**

setzt dem Verkauf aus.  
Friedrich Gent, Monakam.

Es ist nicht notwendig, den jeweiligen Vierteljahrwechsel abzuwarten um das Calwer Tagblatt dann zu bestellen, nein, täglich nehmen unsere Austräger, unsere Geschäftsstelle, die Postämter und Poststellen im Bezirk Bestellungen auf unsere Zeitung entgegen!

**Verloren**  
ging von der Eisbahn durch die Bahnhofsstraße eine silberne Damenuhr.  
Abzugeben gegen Belohnung in der Geschäftsstelle d. Bf.

**Zugelaufen ein Schnauzer.**

Abzuholen gegen Einrückungsgebühr bei

August Rappold, Gutsleuthaus.

**Kaffee**

in bekannt guter Mischung.

roh und feine Waage frisch gebrannt

empfiehlt

**C. Serva**

Fernsprech-Nr. 120.

**Landwirte!**

Zur Bekämpfung von Krankheiten d. Schweine (pez. Krampf u. Rotlauf, z. Anzucht u. Erhaltung eines gesunden Tierbestandes gebraucht einzig und allein die ächte **Hirsch-Universal-Komposition**

Niederlage in der Neuen Apotheke Calw.

**Die Tanzstunde „Immergrün“**

macht am kommenden Sonntag einen **Tanz-Ausflug** nach Efringen in das Gasthaus zum „Hirsch“  
Abfahrt 1/2 12 Uhr. — Hieru ladet freundlichst ein **Joh. Proß, Tanzlehrer.**



**Märitärsverein rian Oberbronn**

Sonntag, den 12. ds., nachmitt. 3 Uhr **Monats-Versammlung** bei Kamerad Walz in Hirsau. Unvollständiges Erscheinen wird geübelt. Der Vorstand.

**Selbstbinde-Cravatten**

la. Qualitäten zu äußerst günstigen Preisen bei **Julie Schimpf, Ca.w.**

**Mädchen**

das schon gedient hat, wird zu baldigem Eintritt gesucht.  
Frau Stadtdameister Hogneder.

**Megger-Lehrling**

Auf Dienern wird ein kräftiger, junger **Bursche**

gesucht der Lust hat das Metzgergewerbe gründlich zu erlernen.  
Karl Souvenal, Metzgerei, Bleichstraße 74, Pforzheim.

**Felle**

aller Art zu den höchsten Tagespreisen **Sahov Eberhardt, Badstraße 342.**

**Rundschriften**

Briefbogen

erhalten Sie rasch in der **A. Oelschläger'schen Buchdruckerei Calw.**

**Deutschland und das angelsächsische Weltherrschaftsziel!**

von **Otto Seltmann** geheftet Mk. 25.—.

**Inhaltsverzeichnis:**

Einleitung	Die Kriegsschuldfrage
Die Teilnehmer am Weltkriege	„Verständigungs-“ oder „Sieg-“
Deutschland. Ein geschichtlicher Rückblick	Frieden
Bismarck	Die Ursachen der Revolution
Die innere Entwicklung Deutschlands	Deutschlands Außenpolitik seit 1871
Die Staats- und Gesellschaftsordnung in England u. Frankreich	Das Propagandamittel d. „Völkerrecht“
Die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands seit 1870	Amerika und Japan
Zentrum und Papsttum	Das amerikanische Volk und die amerikanische Politik
Der Sozialismus	Japan
Die Auswirkungen d. Erziehungsmethoden der deutschen Staats- und Gesellschaftsordnung	Die angelsächsische Weltherrschaftspolitik
Die deutsche Presse	Die letzten Vorbereitungen der Entente zum Kriege
Die Idee der Demokratie	Die angelsächsische Politik während des Krieges
Die Judenfrage	Der Waffenstillstand
Die Entwicklungstendenzen der modernen Volkswirtschaft	Der Charakter der Friedensbedingungen
Der nationale Gedanke	Der fortdauernde „moralische“ Krieg gegen Deutschland
China	Der „Völker-Bund“
Japan	Des deutschen Volkes Recht und Hoffnung.
Die japanischen national. Erziehungs-methoden in Deutschland	

Erhältlich in den Buchhandlungen.  
**Volksschriften-Verlag Calw.**